Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendent pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 94 (2021)

Heft: 7-8

Rubrik: Armee

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sicherheit Schweiz 2021
Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

Die Covid-19-Pandemie wird die nationale und internationale Sicherheitspolitik nachhaltig beeinflussen. Weiterhin wesentlich geprägt wird das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz durch die wachsende Konkurrenz der Grossmächte. In diesem Kontext sind die Fähigkeiten der Antizipation und Früherkennung des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) zentral. Es gilt Bedrohungen und relevante Veränderungen im strategischen Umfeld der Schweiz rechtzeitig zu identifizieren und zu beurteilen und anschliessend die notwendigen präventiven Massnahmen zu ergreifen. Der neue Lagebericht «Sicherheit Schweiz 2021» des NDB stellt die wichtigsten Lageentwicklungen aus nachrichtendienstlicher Sicht vor.

Die gewalttätigen Rechts- und Linksextremen versuchen Protestpotential in der Gesellschaft für sich zu nutzen. Gerade in langwierigen oder sich gar verschärfenden Krisen wie der gegenwärtigen Covid-19-Pandemie kann sich dieses Potenzial erhöhen. Neben Instrumentalisierungsversuchen durch die bekannten gewaltextremistischen Szenen besteht das Risiko, dass sich Protest auch ohne deren Zutun verschärft und teilweise gewalttätig wird.
Der Lagebericht des NDB behandelt die folgenden Bereiche: Strategisches Umfeld, dschihadistischer und ethno-nationalistischer Terrorismus, Gewalttägiger Rechts- und Linksextremismus, Proliferation, Verbotener Nachrichtendienst und Bedrohung kritischer Infrastrukturen.
Mit dem vorliegenden Bericht will der NDB die interessierte Öffentlichkeit über Bedrohungen und Gefährdungen der Sicherheit der Schweiz orientieren. Der nachrichtendienstliche Blick auf die Welt von heute soll erkennen helfen, was die Schweiz bedroht – weniger die Strohfeuer von heute, sondern vielmehr die Brandherde von morgen. Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz ist weiterhin wesentlich geprägt durch die wachsende Konkurrenz der Grossmächte und einiger Regionalmächte. Es werden häufiger Machtmittel eingesetzt.
Die USA werden unter Präsident Biden ihr globales Allianzsystem wieder pflegen, zudem zu einer engagierten Diplomatie in multilateralem Rahmen und zur Verteidigung der Demokratie zurückkehren. Ihr sicherheitspolitischer Fokus wird weiterhin auf dem strategischen Wettbewerb mit China liegen. Im Rahmen der Nato werden die USA weiterhin eine faire Lastenverteilung anstreben und bei Verbündeten und Partnern um Unterstützung gegenüber China werben, namentlich im Bereich der Spitzentechnologie. Im Konflikt mit Iran priorisiert die neue Administration Verhandlungen.
Die strategische Ausrichtung, bis zur Jahrhundertmitte die stärkste Weltmacht zu werden, wird die Grundlage chinesischen Regierungshandelns bleiben. Chinas Aufstieg zur globalen Grossmacht ist so gut wie sicher. Integration durch Übernahme internationaler Normen und Regeln steht dabei nicht im Vordergrund, vielmehr präsentiert die Kommunistische Partei das chinesische Regierungsmodell zunehmend als Alternative zur liberalen Demokratie.
Die EU hat das Potenzial eines einflussreichen globalen Akteurs. Doch bleibt die Ausschöpfung dieses Potenzials infolge der schwierigen Konsenssuche offen. Mehrere Initiativen zeugen vom Willen, die Verteidigungsfähigkeit zu stärken, doch ist die EU weit davon entfernt, gegenüber den USA und der Nato strategische Autonomie zu erlangen.
Der aussen- und sicherheitspolitische Spielraum Russlands wird durch die Fokussierung auf die interne Entwicklung des Systems Putin nicht beschränkt. Russland setzt seine begrenzten Mittel im Ausland mit verhältnismässig wenig Aufwand erfolgreich zur Stärkung der eigenen Einflusssphäre ein. An seiner Westgrenze will es gegenüber der Nato und der EU den Einfluss zurückgewinnen, der mit dem Zerfall der Sowjetunion verloren ging. Mit der Türkei verbindet Russland unter anderem die konfrontative Politik gegenüber Europa, wenngleich auch erhebliche Interessengegensätze bestehen. Als Tandem könnten beide Staaten ihre Positionen gegenüber Europa ausbauen und im Mittelmeerraum weiter Einfluss gewinnen.
Die Bedrohungslage der Schweiz ist von vielen dieser Entwicklungen nicht direkt betroffen. Als Indikatoren zeigen sie aber zumindest an, dass die Schutzwirkung des sicherheitspolitischen Umfelds nachlässt. Zusätzlich führt der technologische Wandel zu neuen schwer kalkulierbaren Risiken. Dies betrifft insbesondere den Cyberraum.
Der von den Schutzmassnahmen gegen die Pandemie verstärkte Digitalisierungsdruck hat die Angriffsfläche für Cyberangriffe vergrössert, insbesondere über die Lieferketten. Die zahlreichen Unternehmen in der Schweiz, die Zubehör und Dienstleistungen für die Betreiber kritischer Infrastrukturen im In- und Ausland anbieten, sind auch für Akteure mit staatlichem Hintergrund interessante Ziele.
Ausländische Akteure versuchen weiterhin, in der Schweiz Material und Spitzentechnologie zugunsten von Massenvernichtungswaffen oder zur Herstellung von Trägersystemen zu beschaffen. Darüber hinaus ist die Schweiz mit ihrer innovativen Unternehmenslandschaft auch anfällig für strategische Proliferationsbestrebungen.
Spionage bleibt eine dauerpräsente Herausforderung. Digitalisierung und Vernetzung ermöglichen eine starke Zunahme von Spionage im Cyberraum. Die Ziele ausländischer Spionage bleiben unverändert, Genf bleibt wegen der Präsenz der internationalen Organisationen und einer Vielzahl diplomatischer Vertretungen ein Brennpunkt. Ausländische Nachrichtendienste stellen für bestimmte Zielgruppen in der Schweiz eine direkte Bedrohung dar und können zudem an Beeinflussungsaktivitäten gegen Schweizer Interessen beteiligt sein.
Die Terrorbedrohung in der Schweiz bleibt erhöht. Sie ist hauptsächlich bestimmt durch dschihadistische Akteure, in erster Linie durch autonom agierende Einzeltäter, darunter zunehmend Personen mit psychischen Problemen.
Der NDB benutzt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Dies öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB liegen, ergänzt mit den sicherheitspolitisch ebenfalls relevanten Themen «Migrationsrisiken» und «Organisierte Kriminalität».

Schweiz: Schutzwirkung des sicherheitspolitischen Umfelds nimmt weiterhin ab

Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz ist weiterhin wesentlich geprägt durch die wachsende Konkurrenz der Grossmächte und einige Regionalmächte sowie dem damit verbundenen häufigeren Einsatz von Machtmitteln. Stabilisierende Faktoren wie die konventionelle und nukleare Rüstungskontrolle erodieren. Regionale Konflikte wie in der Ukraine, Syrien oder Libyen können sich zu komplexen Stellvertreterkonflikten entwickeln, die wenig Aussicht auf diplomatische Lösung haben und das Risiko militärischer Konfrontation unter den beteiligten Gross- oder Regionalmächten bergen. Schwelende Konflikte können auch nach Jahrzehnten wieder aufflammen, wie Bergkarabach zwischen September und November 2020 gezeigt hat.
Der rasante technologische Wandel insbesondere im Bereich der Wehrtechnik und im Cyberraum führt zu neuen und schwer kalkulierbaren Risiken. Der Cyberraum öffnet der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Spionage immer neue Tore und ist auch für die Aktivitä-

ten von terroristischen, gewaltextremistischen und kriminellen Gruppierungen von grosser Bedeutung.
Die Grossmächte vermeiden im militärischen Bereich die direkte Konfrontation. China konzentriert sich auf den Ausbau seiner Einflusssphäre, und Russland sucht seine Einflusssphäre zu stärken. Präsident Biden will die internationale Führungsverantwortung der USA anders als Präsident Trump im Verbund der westlich orientierten Staaten wahrnehmen. Die USA werden sich auch unter Präsident Biden auf die strategische Herausforderung China konzentrieren. Insbesondere Chinas Aufstieg als globale Technologiemacht wird als Bedrohung angesehen. Die USA werden von den europäischen Verbündeten verlangen, dass sie in Europa mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen und die USA bei der Eindämmung Chinas im wirtschaftlich-technologischen Bereich unterstützen.
Initiativen wie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) oder der Europäische Verteidigungsfonds zeugen vom Willen, die Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Zudem könnte die Covid-19-Pandemie das Streben der EU nach verteidigungspolitischer Autonomie und die Investitionen in militärische Sicherheit bremsen.
Unter den Regionalmächten strebt die Türkei am aggressivsten nach Ausdehnung ihrer Einflusssphäre und ist neben dem Nordirak auch in Syrien und Libyen militärisch engagiert.
Die Schweiz ist nicht direkt betroffen vom Streben Russlands, seine Einflusssphäre in Osteuropa zu stärken, oder von Chinas erhöhten militärischen Aktivitäten im Süd- und Ostchinesischen Meer. Insgesamt nimmt die Schutzwirkung des sicherheitspolitischen Umfelds der Schweiz aber weiter ab. Die globalen und regionalen machtpolitischen Rivalitäten haben eine Vielzahl von Auswirkungen auf die innere Sicherheit der Schweiz. Die Abwehr von Proliferations- und Spionageversuchen erfordert immer mehr Aufmerksamkeit und aufwand. Die Terrorbedrohung bleibt erhöht. Das Gewaltpotenzial des Rechts- und Linksextremismus in der Schweiz besteht weiter; beide Szenen sind international vernetzt.
Die Pandemie hat die wirtschaftliche Lage in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten weiter verschlechtert. Hingegen wirken Massnahmen wie Reisebeschränkungen und lokale Versammlungsverbote bremsend auf die Migration nach Europa oder auf die Massenproteste insbesondere im Irak und im Libanon.

Ausländische Nachrichtendienste: Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Nachrichtendienste bleiben für viele Staaten ein bevorzugtes Instrument, um Bedrohungen im In- und Ausland zu erkennen und abzuwehren und um eine ständige sicherheitspolitische Lageverfolgung zu gewährleisten. Markante Unterschiede gibt es dabei, wie diese Bedrohungen wahrgenommen und welche Gegenmassnahmen ergriffen werden.
Gemessen an ihren Fähigkeiten, den zur Verfügung stehenden Mitteln, den aufzuklärenden Zielen, der Kompetenzen und Vorgehensweise ist die Bandbreite der ausländischen Nachrichtendienste gross. Sie unterscheiden sich auch durch die gesetzlichen Vorgaben, an die sie gebunden sind, und die Kontrollen, denen sie unterworfen werden. Allerdings ist zu beachten, dass rechtsstaatlich verfasste Demokratien zwar tendenziell die parlamentarische Aufsicht und die gesetzliche Kontrolle ihrer Nachrichtendienste verstärken. Der Fokus wird dabei aber in der Regel auf die eigenen Staatsangehörigen im In- und Ausland und auf das eigene Territorium gelegt, während die gesetzlichen Vorschriften für die Aufklärung im Ausland allgemein bleiben und viel zulassen. Parallel zur verstärkten Aufsicht und Kontrolle werden jedoch auch neue Kompetenzen insbesondere zur Aufklärung von Netzwerken, elektronischen Geräten und verschlüsselter Kommunikation gefordert und eigeführt. Zurückhaltung und Einschränkung bei der Aufklärung im Ausland – also auch in der Schweiz – ist eher politischen Überlegungen geschuldet.
Digitalisierung und Vernetzung erlauben den Nachrichtendiensten, schneller mehr und genauere Informationen zu beschaffen. Die begünstigen Spionage. Die Herausforderung von heute und morgen besteht für Nachrichtendienste weniger darin, Informationen zu beschaffen, als in der effizienten und effektiven Verarbeitung und Bereitstellung der gewonnenen Informationen.

Ausländische Nachrichtendienste: Prioritäten und Kapazitäten

Ein Schwerpunkt der nachrichtendienstlichen Arbeit liegt auf der Beschaffung und Analyse von Informationen zu den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten und Absichten von Staaten, die global oder in der jeweiligen Region eine Rolle spielen. Ein zweiter Schwer Schwerpunkt betrifft Informationen, die die Abwehr von Bedrohungen wie Terrorismus, gewalttätigem Extremismus, Proliferation und Spionage ermöglichen. Die Terrorismusbekämpfung bleibt für viele Nachrichtendienste eine Priorität, aber der Aufklärung von staatlichen Akteuren wird wieder mehr Gewicht geschenkt. Dies ist eine Folge des häufigeren Einsatzes von Machtmitteln und der zunehmenden Konkurrenz zwischen den drei Grossmächten USA, China und Russland. Auch einzelne Regionalmächte verhalten sich in engerem Rahmen entsprechend, sodass sich global eine Intensivierung der Spionage feststellen lässt. Gleichzeitig drängen dieser Wettbewerb und daraus resultierende Konflikte auch andere Staaten dazu, stärker in ihre Nachrichtendienste zu investieren.

Grossmächte

Der Wettbewerb zwischen den drei Grossmächten wird unter anderem mit nachrichtendienstlichen Mitteln ausgetragen. Die gegenseitige Aufklärung nimmt zu und erfolgt auch in Drittstaaten. Im Fokus der amerikanischen Nachrichtendienste bleiben die Terrorismusbekämpfung und die Aufklärung der strategischen Rivalen. Dasselbe gilt für China und Russland, die darüber hinaus einen erheblichen Teil ihrer nachrichtendienstlichen Mittel dazu nutzen, im In- und Ausland sowohl Wirtschaftsakteure als auch als Bedrohung wahrgenommene Gemeinschaften und Personen aufzuklären. Dabei dienen diese Aktivitäten der Nachrichtendienste wie in anderen autokratischen Staaten nicht nur staatlichen Interessen, sondern auch massgeblich dem Machterhalt beziehungsweise dem Machtausbau der herrschenden Eliten. Obwohl die Nachrichtendienste der USA, Chinas und Russlands wie andere auch Prioritäten setzen, verfügen sie darüber hinaus über die Kapazität, viele weitere Akteure aufzuklären.

Anhaltende Spionage gegen Schweizer Interessen

Die Schweiz bleibt in verschiedener Hinsicht stark von Spionage durch ausländische Nachrichtendienste betroffen.
Zahlreiche in der Schweiz ansässige natürliche und juristische Personen stehen direkt im Fokus ausländischer Nachrichtendienste. Dazu gehören Angehörige und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter von Behörden, des Parlaments, des Militärs, von Forschungsinstituten und Medien. Zudem sind verschiedenste Wirtschaftsbranchen betroffen. Schweizer Staatsangehörige und Interessen sind auch im Ausland Ziel von Spionage ausländischer Nachrichtendienste.
Ausländische Nachrichtendienste gehen auch in der Schweiz gegen ihre Landsleute vor, insbesondere gegen Regimekritiker, Oppositionsmitglieder und Angehörige ethischer und religiöser Minderheiten. Sie tun dies teilweise offen.
Nachrichtendienste anderer Staaten klären sich auf Schweizer Territorium gegenseitig auf. Die Schweiz zählt dafür weltweit zu den wichtigsten Standorten. Die Präsenz zahlreicher internationaler Organisationen und diplomatischer Vertretungen in Genf ist hierfür ein wichtiger Faktor. Vor allem die grossen Auslandsnachrichtendienste können hierfür auf etablierte Strukturen und ausgedehnte Netzwerke zurückgreifen.

Einfache Einreiseregeln, die gute Infrastruktur und die zentrale Lage in Europa tragen dazu bei, dass die Schweiz nach wie vor ein beliebter Standort für sogenannte Drittlandtreffen ist.

Kontinuität zu erwarten

Spionage bleibt ein ständig präsentes Phänomen; ihre Ziele und Methoden sind im Lauf der Zeit grundsätzlich konstant geblieben. Entsprechend erwartet der NDB keine grundsätzlichen Veränderungen.

Die Aufklärungsziele und die inhaltlichen Schwerpunkte werden weiterhin durch die politischen Prioritäten der jeweiligen Regierungen vorgegeben. Bei stärkerem Wettbewerb zwischen Gross- und Regionalmächten und ohne Verzicht auf den Einsatz von Machtmitteln wird der verbotene Nachrichtendienst von Gross- und Regionalmächten an Gewicht zunehmen. Die Terrorabwehr wird aber insbesondere in den westlichen Staaten eine Hauptaufgabe der Nachrichtendienste bleiben. Eine kurzfristige und signifikante Verschiebung von Mitteln der nachrichtendienstlichen Terrorismusbekämpfung hin zur Aufklärung staatlicher Akteure ist im Fall eines grösseren bewaffneten Konflikts in Europa oder zwischen den Grossmächten zu erwarten.

Nachrichtendienste sind auf unterschiedliche und voneinander möglichst unabhängige Quellen angewiesen, damit die Glaubwürdigkeit von Informationen überprüft werden kann. Dementsprechend werden auch zukünftig verschiedene Beschaffungsmethoden eingesetzt. Digitalisierung und Vernetzung tragen jedoch dazu bei, dass die technische Aufklärung – insbesondere im Cyberraum – qualitativ verbessert werden und quantitativ zunehmen wird.

Schweiz bleibt zentral für staatliche Akteure

Für die Schweiz sind keine grösseren Veränderungen zu erwarten. Genf bleibt in der Schweiz der geografische Brennpunkt für verbotenen Nachrichtendienst, weil hier zahlreiche internationale Organisationen, diplomatische Vertretungen, Nichtregierungsorganisationen, Finanzinstitute und Handelsfirmen ansässig sind. Aber auch andere grössere Schweizer Städte werden hinsichtlich verbotenen Nachrichtendienstes relevant bleiben. Die Spionageziele werden in der Schweiz im Grundsatz dieselben bleiben. Zu erwarten ist jedoch, dass ausländische Nachrichtendienste führende in der Schweiz ansässige Unternehmen verstärkt ins Visier nehmen werden, wo Entwicklungen dies lohnend erscheinen lassen. Dies betrifft etwa Unternehmen in den Bereichen Informationstechnologie, Chemie- und Pharmatechnologie, Mobilität, erneuerbare Energien und Rüstungspolitik.

Massgebend von den Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsstaaten hängt ab, ob und wie in die Schweiz geflüchtete Personen ausgeforscht werden und wie stark der Druck sein wird, der auf sie ausgeübt wird.

Quelle: «Sicherheit Schweiz 2021»: Der Nachrichtendienst des Bundes publiziert seinen Neuen Lagebericht, Bern, 10.06.2021; Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes-Sicherheit Schweiz 2021, Bern März/April 2021; www.ndb.admin.ch

Roland Haudenschild

Neuer Bericht zur Sicherheitspolitik der Schweiz

Die Sicherheitslage ist weltweit und auch in Europa instabiler geworden. Die Schweiz will ihre Sicherheitspolitik noch stärker auf das veränderte Umfeld und neue Bedrohungen ausrichten. Vor diesem Hintergrund und ausgehend von einer umfassenden Analyse der Lage legt der neue Sicherheitspolitische Bericht die Interessen und Ziele der Schweizer Sicherheitspolitik für die nächsten Jahre fest. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 28. April 2021 die Vernehmlassung des Berichtes eröffnet.

Die Sicherheitslage ist instabiler, unübersichtlicher und unberechenbarer geworden. Spannungen und machtpolitische Rivalitäten haben zugenommen, ebenso das Risiko von Konflikten an den Rändern Europas. Der Einsatz von sogenannten «hybriden» Mitteln zur Konfliktführung, wie etwa Cyberangriffe und Desinformationskampagnen, hat sich verstärkt. Aber auch konventionelle militärische Mittel werden wieder stärker zur Verfolgung eigener Interessen eingesetzt. Gleichzeitig sind Bedrohungen wie der islamistische Terrorismus nicht verschwunden. Der Klimawandel wird zu häufigeren und stärkeren Naturkatastrophen führen, und zu all dem ist aktuell noch eine Pandemie hinzugekommen, die eine weltweite Krise ausgelöst hat. Auch die europäische Peripherie ist in den letzten Jahren insgesamt instabiler geworden, die Schutzwirkung des geografischen und politischen Umfelds der Schweiz hat abgenommen.

Dies sind Kernaussagen des neuen Sicherheitspolitischen Berichts zur aktuellen Lage. Auf dieses veränderte Umfeld muss die Schweiz ihre Sicherheitspolitik ausrichten, wobei neuere Bedrohungen dazu gekommen sind, ohne bisherige zu verdrängen. Entsprechend bleiben in einem zunehmend von «hybrider» Konfliktführung geprägten Umfeld auch Mittel wie moderne Kampfflugzeuge für Schutz und Sicherheit von Land und Bevölkerung weiterhin unverzichtbar. Der neue Bericht des Bundesrates schätzt die aktuellen globalen sicherheitspolitischen Trends sowie die konkreten Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz ein und zeigt auf, wie die Schweiz diesen begegnen will.

Neue Ziele für die Schweizer Sicherheitspolitik

Ausgehend von einer umfassenden Analyse der Lage, legt der neue Bericht die sicherheitspolitischen Interessen und Ziele der Schweiz fest und zeigt auf, sie diese umgesetzt werden sollen. Er definiert neun Ziele, die in der Schweizer Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren als Schwerpunkte verfolgt werden sollen. Diese Ziele umfassen:

1. Die weitere Stärkung der Früherkennung von Bedrohungen, Gefahren und Krisen, um in der zunehmend volatilen Lage Risiken für die Schweiz möglichst früh zu erkennen.
2. Die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, Stabilität und Sicherheit, indem sich die Schweiz für eine regelbasierte internationale Ordnung engagiert und mit zivilen und militärischen Mitteln zur Förderung von Stabilität und Sicherheit im Umfeld beiträgt.
3. Eine verstärkte Ausrichtung auf hybride Konfliktführung, um Schutz und Widerstandkraft von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber Phänomenen wie Cyberangriffen und Desinformation zu erhöhen und insbesondere auch die Mittel der Armee noch stärker auf das veränderte Konfliktbild auszurichten.
4. Freie Meinungsbildung und unverfälschte Information, damit die öffentliche und politische Diskussion in der Schweiz frei und transparent, gestützt auf Fakten, und ohne Desinformation, Beeinflussungsversuche und Propaganda durch staatliche oder von Stellen, die im Auftrag von Staaten handeln, erfolgen kann.
5. Verstärkung des Schutzes vor Cyberbedrohungen, um die Widerstandsfähigkeit in der Schweiz gegenüber Cyberrisiken insgesamt weiter zu verbessern und dabei sowohl die Risiken wie die Chancen der Digitalisierung und der neuen Technologien zu nutzen.

6. Verhinderung von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus, organisierter und übriger transnationaler Kriminalität, damit sich auf Schweizer Territorium keine terroristischen, gewalttätig-extremistischen oder schwerstkriminellen Gruppierungen etablieren können.
7. Stärkung der Resilienz und Versorgungssicherheit bei internationalen Krisen, damit die Schweiz auch bei länger anhaltenden Versorgungsstörungen ihre Funktions- und Handlungsfähigkeit wahren kann.
8. Verbesserung des Schutzes vor Katastrophen und Notlagen und der Regenerationsfähigkeit, um angesichts der zunehmenden Risiken (zum Beispiel durch den Klimawandel), die Mittel zur Prävention und Bewältigung solcher Gefahren zu stärken.
9. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Behörden und des Krisenmanagements, damit angesichts der Volatilität der Lage und der Verkettung von Bedrohungen und Gefahren die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Politikbereichen und Instrumenten in der Schweiz weiter verbessert wird. Dies sowohl in der normalen Lage als auch bei Krisen.

Zu jedem der neun Ziele führt der Bericht des Bundesrates konkrete Massnahmen auf, die es in den nächsten Jahren umzusetzen gilt.

Mit welchen Instrumenten werden diese Ziele umgesetzt?
Um die sicherheitspolitischen Ziele zu verfolgen, verfügt die Schweiz über verschiedene Politikbereiche und Instrumente, die koordiniert eingesetzt werden. Folgende Politikbereiche leisten Beiträge für die Sicherheitspolitik und zur Erreichung ihrer Ziele:
Aussenpolitik, Wirtschaftspolitik und Information und Kommunikation. Weiter verfügt die Schweiz über Instrumente, die auf sicherheitspolitische Aufgaben spezialisiert sind und zur Erreichung der Ziele der Sicherheitspolitik beitragen:
Armee, Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienst, Polizei, Eidgenössische Zollverwaltung und Zivildienst.
Sicherheitspolitik ist in der Schweiz eine Verbundaufgabe. Wie schon bei den letzten Berichten wurden deshalb die Kantone in der Erarbeitung dieses Berichts einbezogen.
Dieses Vorgehen ist Ausdruck davon, dass Sicherheitspolitik in der Schweiz umfassend und breit verstanden wird. Sie umfasst die Gesamtheit aller Massnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden zum Schutz der Schweiz und ihrer Bevölkerung vor machtpolitischen, kriminellen oder natur- oder zivilisationsbedingten Bedrohungen und Gefahren.

Was sagt der Bericht zur sicherheitspolitischen Führung und dem Krisenmanagement?
In einer Krisenlage müssen Entscheide rasch gefällt und Abläufe gestrafft werden, deshalb ist der kürzest mögliche Weg zum politischen Entscheidungsgremium – dem Bundesrat – zentral. Krisenmanagement auf Stufe Bund muss der departementalen Struktur der Regierung Rechnung tragen. Beim Krisenmanagement verfolgt der Bund deshalb den Grundsatz, dass jenes Departement, das fachlich am meisten betroffen ist und auch die Mittel, Entscheidungskompetenzen und Fachkenntnisse für die Bewältigung einer spezifischen Krisenlage hat, die Federführung übernimmt und Entscheide des Bundesrates vorbereitet. Es wird ein massgeschneiderter, den Erfordernissen der Lage angepasster Stab auf Stufe Departement gebildet, der durch einen Stab auf operativer Ebene ergänzt werden kann, z.B. je nach Ereignis durch den Bundesstab Bevölkerungsschutz oder durch die Einsatzorganisation fedpol. Zudem müssen die Kantone sowie wissenschaftliche Expertise einbezogen werden.

Was will der Bundesrat mit diesem Bericht?
Der Bundesrat veröffentlicht in periodischen Abständen Berichte über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Die Berichte dienen dazu, aufgrund einer umfassenden Analyse des Umfelds zu prüfen, ob und inwieweit die Sicherheitspolitik und ihre Instrumente angepasst werden müssen, damit die Schweiz auf sich verändernde Bedrohungen und Gefahren rasch und richtig reagieren kann, welche Strategie dabei verfolgt und welche Prioritäten gelten sollen. Der Bericht legt die Stossrichtung und Grundzüge der Schweizer Sicherheitspolitik für die kommenden Jahre fest. Er dient als Basis für weitere und detailliertere Grundlagendokumente zu einzelnen sicherheitspolitischen Bereichen oder Instrumenten.

Was ist neu gegenüber früheren Berichten?
Der Bericht ist deutlich kürzer als frühere Sicherheitspolitische Berichte. Zudem enthält er klar definierte Ziele, die als thematische Schwerpunkte für die Schweizer Sicherheitspolitik der nächsten Jahre dienen, ebenso wie konkrete Massnahmen, wie diese Ziele umgesetzt werden sollen.

Wer entscheidet, wann ein Sicherheitspolitischer Bericht erstellt werden muss und in welchen Abständen geschieht das?
Es liegt am Bundesrat, zu entscheiden, wann und in welchen Zeitabständen er solche Berichte veröffentlichen will. Der letzte Bericht stammt aus dem Jahr 2016. Aufgrund der sich rasant verändernder Lage hat der Bundesrat entschieden, solche Berichte künftig in kürzeren Kadenzen zu veröffentlichen, nämlich einmal pro Legislatur.

Wer hat diesen Bericht erarbeitet?
Der Bundesrat hat für die Erarbeitung dieses Berichts eine breite Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Federführung lag wie bei sicherheitspolitischen Berichten üblich beim VBS. In der Arbeitsgruppe vertreten waren alle Departemente, die Bundeskanzlei sowie auch kantonale Fachkonferenzen. Es handelt sich demnach zwar um einen Bericht des Bundesrates, der Bericht ist aber breit abgestützt und konsolidiert.

Was passiert jetzt mit dem Bericht?
Der Entwurf geht nun bis vom 28. April bis am 18. August 2021 in eine Vernehmlassung bei den Kantonen, politischen Parteien, Verbänden und interessierten Organisationen. Danach wird der Bericht aufgrund der Ergebnisse überprüft und allenfalls überarbeitet. Der Bundesrat will den Bericht bis Ende Jahr verabschieden und dem Parlament zur Diskussion überweisen. Dem Bundesrat dient der Bericht als politisches Grundlagendokument für die Gestaltung der Sicherheitspolitik der nächsten Jahre.

Quelle: Neuer Bericht zur Sicherheitspolitik der Schweiz. Der Bundesrat, 29.04.2021, www.admin.ch
Die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bericht des Bundesrates. Entwurf, Stand 14. April 2021
Gliederung: Einleitung, Lage, Sicherheitspolitische Interessen und Ziele, Umsetzung: Politikbereiche und Instrumente der Sicherheitspolitik, Fazit

Roland Haudenschild

Beförderung Höherer Unteroffizierslehrgang

Die Beförderung des Höheren Unteroffizierslehrganges 49 (Höh Uof LG 49) hat am 5. März 2021 stattgefunden.

Der Kommandant Höh Uof LG 49, Oberst Jürg Liechti, beförderte 13 Anwärter zu Fourieren.

Roland Haudenschild